

Die Nachbarschaft als sozialpolitisches Maßnahmenfeld – Ein europäischer Ansatz?

Frank Eckardt

Zusammenfassung

Nach dem Brennen der französischen Vororte wurde die Debatte, wie man Gettos in den europäischen Städten vermeiden kann, dringend. Politiker und Wissenschaftler haben das Problem soziale Segregation schon lange mit Sorge betrachtet. Infolgedessen ist die Nachbarschaft z. T. schon vor Jahrzehnten zu einem Maßnahmenfeld der Sozialpolitik in vielen Ländern geworden. Dieser Artikel stellt dar, dass trotz der Bemühungen der Europäischen Kommission, der „area based approach“ nicht als ein einheitliches Modell akzeptiert worden ist. Wie Beispiele in fünf Ländern zeigen, beherrscht der nationale Kontext nach wie vor die politischen Richtlinien der Wohlfahrt. Die wissenschaftliche Forschung zu diesem Fragekomplex betrachtet diesen Ansatz kritisch.

Abstract: Neighbourhood Based Social Policy – A European Trend?

After the burning of French *banlieue*, the debate on how to avoid ghettos in European cities has become urgent. Of course, politicians and scientists have addressed the problem of social segregation before. As a result, social policies have, for decades, attempted to alleviate the problems of such neighbourhoods in many countries. This article argues that despite the efforts of the European Commission, the „area based approach“ has not been accepted as a model with uniformed principles and instruments. As examples in five countries show, the national context dominates welfare policies. Academic research on segregation patterns, moreover, raises serious questions about this approach.

Die Bilder brennender französischer Vorstädte haben weltweit für Aufsehen gesorgt und die Diskussion um das Entstehen von „Ghettos“ in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Die Problematik der Kumulation sozialer Problemlagen in einzelnen Großstadtvierteln ist seit längerem Thema wissenschaftlicher Forschung und politischer Aktionsprogramme. Europaweit scheint sich ein Trend zu entwickeln, um soziale Fragestellungen mit dem so genannten „area based approach“ zu beantworten, der politische Programme gemäß den jeweils besonderen Bedürfnissen von Nachbarschaften oder Stadtteilen gestaltet. Der Blick auf die besondere Situation nationaler Stadtpolitiken soll dabei die Annahme überprüfen, ob europaweit eine Tendenzverschiebung in Richtung stadtteilorientierter Sozialpolitik feststellbar ist. Hierbei werden relevante Programme aus fünf Ländern beleuchtet. Die Auswahl dieser Länder begründet sich aufgrund der Tatsache, dass nur in den genannten Beispielen, grosso modo, von einer verfassten „Stadtpolitik“ überhaupt die Rede sein kann, in dem speziell stadtspezifische Probleme durch eine nationale Politik aufgegriffen werden. Dabei stellt sich die Frage, ob sich vergleichbare Trends in der Ausgestaltung und politischen Administration von Nachbarschaftspolitik abzeichnen. Eine Vereinheitlichung der stadtteilbezogenen Sozialpolitik wird nach Ansicht mancher Betrachter (z. B. *Atkinson* 2001) durch eine bewusste Steuerung der Europäischen Kommission mit Förderprogrammen wie URBAN 1 und 2 unterstützt. Insbesondere in der politischen Zielrichtung von Stadterneuerungsprozessen werden Prinzipien wie Partizipation und Governance durch die EU-Entscheidungsvorlagen wie dem „White Paper on Urban Governance“ beeinflusst. Die Europäische Kommission strebt durch die Nachbarschaftsprogramme und Policy-Dokumente darüber hinaus einen einheitlichen Ansatz für die Etablie-

rung einer europäischen Stadtpolitik an (vgl. *Le Galès* 2002). In diesem Artikel sollen deshalb die politischen Programme der Nationalstaaten hinsichtlich ihrer Vergleichbarkeit dargestellt werden. Die grundsätzlichen Annahmen des „area based approach“ sollen anschließend mit dem wissenschaftlichen Diskurs, inwieweit eine territorialisierte, auf Nachbarschaften bezogene Sozialpolitik für angemessen gehalten wird, um die weitere soziale Polarisierung in den Städten zu verhindern, konfrontiert werden.

1. Französische Erfahrungen

Frankreich mag hier als erstes und wichtigstes Beispiel angeführt werden, um die Frage der Nachbarschaftspolitik zu analysieren. Frankreich hat in der Europäischen Kommission maßgeblich dazu beigetragen, dass die Dimension der „sozialen Kohäsion“ Bedeutung errungen hat und dass der Begriff der „Exklusion“ als ein bestreitenswerter Sachverhalt in die Ausgestaltung der Europäischen Sozialpolitik eingeführt wurde (*Kronauer* 2004). Der französische Politikansatz ist zugleich derjenige in Europa, der die Verräumlichung der Sozialpolitik am längsten und intensivsten betreibt und der scheinbar am deutlichsten gescheitert zu sein scheint. Frankreich hat seit den siebziger Jahren eine ausformulierte „Stadtpolitik“ und dementsprechend viele Diskussionen und Wendungen erfahren (*Jaillet* 2003). Im Allgemeinen lässt sich die „politique de la ville“ als eine Reaktion auf städtische Gewalt verstehen, die Frankreich seit den achtziger Jahren immer wieder erschüttert. Diese wird zumeist in einen Zusammenhang mit den großen Wohnungsbau-Komplexen gesehen, die sich in der Regel außerhalb der Städte befinden. Die Reflexion über das Entstehen dieser „quartiers en crise“ ist aber zumeist davon ausgegangen, dass es sich hierbei um allgemeine gesellschaftliche Problemlagen handelt, insbesondere die misslungene Integration der zweiten Generation der maghrebischen Einwanderer (*Dubet/Lapeyromie* 1992). Auch die ökonomische Benachteiligung wurde bereits in der französischen Stadtpolitik thematisiert. Die Möglichkeiten, die sich mit der „politique de la ville“ im Laufe der letzten 30 Jahre ergaben, haben aber die hochgesteckten Erwartungen weitgehend enttäuscht. Als prinzipielle Webfehler hat sich die auf Projekte abzielende Politik erwiesen, womit nur mittelfristige Zeithorizonte und vertragliche Arrangements realisiert werden konnten. Geringe finanzielle Ausstattung und die schlechte Einbindung in die lokalen Politikverhältnisse haben ebenfalls eine Sichtbarkeit dieses Programms in der allgemeinen Öffentlichkeit verhindert. Die französische Linke hat deshalb in der Amtszeit des Sozialisten *Jospin* (1997–2001) die „politique de la ville“ weitgehend totgeschwiegen und sich auf die allgemeine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit konzentriert. Mit der Installation eines eigenen Ministers für Stadtpolitik hat sie allerdings eine Struktur geschaffen, die von den konservativen Nachfolgern zur ambitionierten Etablierung städtebaulicher Prämissen genutzt werden konnte.

Der eingeschlagene Weg der territorialisierten Sozialpolitik hat in vielerlei Hinsicht eine Veränderung des französischen Wohlfahrtsstaates zum Ausdruck gebracht. Nach dem Territorialisierungsprinzip werden für immer mehr sozialpolitische Aufgaben des Staates wie etwa der Schaffung von Gleichheit im Bildungssektor „Zonen“ definiert, für die eine erhöhte Mittelzuwendung durch direkte staatliche Intervention ermöglicht wird. Ausdruck dieses Politikansatzes ist auch das nach dem verantwortlichen Minister benannten Borloo-Gesetz im Jahre 2003, mit dem ein Übergang von einer Politik der „réhabilitation“ zur „rénovation urbaine“, einem radikalen Abriss- und Aufwertungsprogramm für die bauliche Wohnstruktur, eingeleitet werden sollte (vgl. *Depincé* 2003). Damit ist die sowieso starke Orientierung auf die städtebauliche Dimension, die von Anfang an die „politique de la ville“ beherrschte, aber zwischenzeitlich kritisiert und in ein holistisches Konzept eingebunden wurde, nun wieder in der Vordergrund gerückt worden. Mit der Programmatik dieses Gesetzes sollen innerhalb von fünf

Jahren 200.000 Wohnungen abgerissen werden. Die Auflösung der Ghettos wird als eine bauliche Aufgabe verstanden, die nun auch wieder rezentralisiert durch nationale Organisationsstrukturen erledigt werden soll. Mit dieser erneuten Etablierung eines Top-Down-Ansatzes werden Bemühungen konterkariert, um in die „politique de la ville“ partizipative Ansätze einzuführen und mit einer Politik der „proximité“ (Nähe) Demokratiedefizite auszugleichen und eine Strategie der endogenen Entwicklung zu fördern (vgl. Houk 2004).

Entscheidend für die Beurteilung des französischen Ansatzes ist die weitere Einbettung in das politische System. Hierbei ist insbesondere die klassische Zentrum-Peripherie-Problematik des französischen Nationalstaates zu berücksichtigen, die nicht durch die angestrebte Stadtpolitik aufgehoben wird, auch wenn durch die neueren Gesetze zur interkommunalen Kooperation die Fragen der sozialen Kohäsion obligatorisch mitzubearbeiten sind (Blanc 2002). Die Politik für die benachteiligten Stadtteile ist nicht in eine holistische Staatsreform der territorialen Ungleichheiten eingebunden. Die Dezentralisierungspolitik behandelt lediglich die interregionalen Unterschiede und nicht das Verhältnis Stadt-Vorstadt. Die wahrscheinlich aber noch größere Schwierigkeit der „politique de la ville“ liegt in ihrer doppelten Kodierung, die aus einer autoritären politischen Kultur heraus agiert und in deren formalen und informellen Entscheidungsstrukturen verhaftet ist, wie sie paradoxerweise zugleich die Selbst-Organisation der Nachbarschaften und Banlieue unterstützen will. Das Scheitern des französischen Ansatzes lässt sich von daher nur vor dem Hintergrund einer weitergehenden Analyse der Gesellschaftstransformation verstehen, in der vor allem das Sicherheitsbedürfnis nicht mehr kollektiv, sondern „territorial“ und von daher individuell zu lösen ist. In der Rückkehr zu städtebaulichen Reformen als Antwort auf die sozialen Problemlagen kommt damit eine politische Restauration zum Ausdruck, die Ordnungspolitik vor Sozialpolitik stellt (vgl. Donzelot 2003).

2. Großbritannien als Gegenbeispiel?

In der „großen Politik“ werden der französische und der britische Ansatz in der Sozialpolitik oftmals als Gegensätze dargestellt. Hinsichtlich der Frage stadtpolitischer Sozialpolitik fällt der Vergleich ambivalent aus. Zunächst muss man konstatieren, dass Großbritannien wie Frankreich in den siebziger Jahren bereits über die Einführung einer Stadtpolitik nachdachte und dabei aus einer ähnlichen Motivation heraus agierte. Die einsetzende Deindustrialisierung erzeugte in beiden Ländern ähnliche Probleme hinsichtlich der Neugestaltung des Wohlfahrtsstaates. Der Analyse folgte allerdings in Großbritannien mit der langen Regierungszeit der konservativen Premierminister Thatcher und Major eine politische Programmatik, die deutlich andere Schwerpunkte gesetzt hat als das französische Vorgehen. Die Politik der achtziger und neunziger Jahre hatte zum Ziel, die Erneuerung der altindustriellen Städte durch eine offensive Kooperation mit den Marktkräften zu erreichen. Hierbei wurde ein sozialpolitischer Ansatz verfolgt, der mit dem Begriff „Trickle Down“ beschrieben wurde und beinhaltete, dass die positiven Effekte der Marktbelebung (insbesondere des Immobilienmarktes) auch zu den Ausgeschlossenen und Ärmsten „heruntertropfen“ werde (Turok 1992). Um dies zu realisieren, hat die konservative Politik weitgehende Veränderungen in der allgemeinen Staatsstruktur und Organisation des Wohlfahrtsstaates vollzogen. Die Abschaffung des Amtes des Londoner Bürgermeisters galt als die spektakulärste Intervention der Thatcher-Regierung in lokale Politikarrangements, aber sie stellt wahrscheinlich nicht die wichtigste dar. Vielmehr sind zwei Restrukturierungen von nachhaltiger Bedeutung gewesen, die durch die konservative Stadtpolitik eingeführt wurden: Zunächst wurden alle sozialpolitischen und wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen nach einem kompetitiven Verfahren organisiert, wodurch die Städte für die Erledigung ihrer sozialen Aufgaben zu einer Neuausrichtung ihrer Politik, von der Versorgungsstadt zur un-

ternehmerischen Stadt, gezwungen wurden (Harvey 1989). Zum anderen wurden Instrumente der direkten Intervention in städtische Politik geschaffen („Urban Development Cooperations“, die auf lokale Umstände zunächst kaum Rücksicht nahmen (Imrie/Thomas 1999). In den neunziger Jahren wurden diese anfänglichen Ansätze korrigiert, und durch die Einführung der Programme „City Challenge“ und später dem „Single Regeneration Budget“ (SRB) reagierte die konservative Stadtpolitik auf die sich zuspitzende soziale Frage in den Städten. Dem Prinzip nach sollte ein Mehrsektorenansatz realisiert werden, mit dem innovative Problemlösungsstrategien eingeführt werden sollten. Als neuer Ansatz in der lokalen Sozialpolitik wurde das „soziale Lernen“ betont, mit dem der Austausch zwischen verschiedenen sozialen Partnern stimuliert werden sollte, da man sich von einer solchen Kommunikation eine effizientere Umsetzung des nach wie vor marktorientierten Verfahrens der Stadterneuerung versprach. Die „Synergie“ wurde zum Schlüsselbegriff; aus ihrer Ausschöpfung versprach man sich eine „nachhaltige“ Verbesserung der städtischen Wohlfahrt (Atkinson 2003).

Mit der Wahl von „New Labour“ im Jahr 1997 waren insbesondere mit Hinsicht auf die offenkundigen sozialen Unterschiede in britischen Städten hohe Erwartungen verbunden. Obwohl „New Labour“ keine explizite Programmatik hinsichtlich der Armutsbekämpfung vorgelegt hatte, (vgl. Ludlam/Smith 2004) ließen sich einzelne Reformprojekte, etwa die thematische Ausweitung des SRB mit einer Sensibilität für Themen wie sozialer Exklusion, Kriminalität und Drogenprobleme, mit besonderer Aufmerksamkeit für Alters- und Kinderarmut als eine Strategie gegen städtische Ungleichheit verstehen (Hills/Stewart 2005). Premierminister Blair hatte zu verschiedenen Anlässen auf die „Schande“ dieser Entwicklung und die damit verbundenen, von allen zu tragenden hohen Kosten verwiesen. In der Regierungsprogrammatik zur Frage städtischer Ungleichheiten sollten andere Akzente gesetzt werden. Die Wiederbelebung der städtischen Bürgerschaft (citizenship), einer demokratische Erneuerung der Städte und die Partizipation der Nachbarschaften wurden als Zielsetzungen einer anvisierten „Urban Renaissance“ ausgegeben (Imrie/Raco 2003). Hierbei ist die Betonung der Nachbarschaft und somit einer territorialisierten Stadtpolitik im Sinne eines „area based approaches“⁹⁴ als wichtigste Reformperspektive unter New Labour zu betrachten, der mit einer konzeptionellen und ideologischen Fundierung („Third Way“, vgl. Eckardt 2001a) einherging.

Im Laufe der ersten Amtszeit von „New Labour“ verstärkte sich die Aufmerksamkeit für die Besonderheit städtischer Problemgebiete. Mit dem „Urban White Paper“ im Jahr 2002 wurde eine Vision und ein Rahmenwerk für die Bündelung notwendiger Ressourcen für eine Verbesserung der Lebensqualität in den Städten ausgearbeitet. Zentralen Wert erhält in diesem Policy-Dokument die Stärkung lokaler Nachbarschaften und deren Führung (Leadership). Diese Politikansätze werden vor allem in dem „New Deal for Communities“ in der zweiten Amtszeit von Tony Blair realisiert. Obwohl es für eine Evaluation dieser relativ neuen Programmatik zu früh ist, weisen erste Berichte daraufhin, dass mit der neuen britischen Nachbarschaftspolitik nicht unbedingt ein fundamentaler Politikwechsel verbunden ist (vgl. Johnstone/Whitehead 2004). Wettbewerbsorientierte Elemente, Präferenz von Effizienzaspekten und eine projektbezogene Evaluationskultur sind nicht als Kernelemente der schon von Thatcher implementierten Prinzipien von erneuerter Wohlfahrtsstaatlichkeit aufgehoben worden. Vielmehr sind diese von „New Labour“ durch eine Betonung der Nachbarschaftsebene weiter verbreitet worden und haben weitgehend eine allgemeine Zustimmung erhalten (vgl. Ho 2003).

3. Deutschlands „Soziale Stadt“

Im März 2000 wurde das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ eingeleitet. Auslöser der „Sozialen Stadt“ war eine Studie zu Überforderten Nachbarschaften“ der Wohnungswirtschaft. Angesiedelt

bleibt die „Soziale Stadt“ in den Befugnissen des Städtebaus. Intention des Programms ist, eine Kooperation zwischen Bund, Ländern und Städten zu initiieren, um der wachsenden „Sozialen Polarisierung in den Städten“ ein nationales Aktionsprogramm entgegenzustellen. Problematisiert wurde auch die Zersplitterung von Finanzmitteln, die durch ihre Ziel- und Ressourcenbindung eine quartiersbezogene Politik erschwerten. Mit dem Programm werden nun zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik soziale Maßnahmen von der Bundesebene nach einem Wettbewerbsverfahren finanziell unterstützt.

Die damalige Bundesregierung nutzte erste Erfahrungen von speziellen Länderprogrammen in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hamburg, um sie in eine bundesweite Programmatik gegen die soziale Polarisierung münden zu lassen. Hohe Arbeitslosigkeit und Migration werden in diesem Zusammenhang als Problemlagen erwähnt, die sich in bestimmten Stadtteilen bemerkbar machten.

Im „Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ werden die innerstädtischen (oft gründerzeitlichen) Quartiere in benachteiligten Regionen mit nicht modernisierter Bausubstanz und die großen Wohnsiedlungen mit wenig individueller Architektur und unzureichender sozialer Infrastruktur herausgegriffen, denen eine besondere Aufmerksamkeit im Programmrahmen zuteil werden soll (s. ARGEBAU 2000). Das Programm „Soziale Stadt“ sieht als wichtige Ziele die Aktivierung von örtlichen Potenzialen, die „Hilfe zur Selbsthilfe“, die Schaffung von Bürgerbewusstsein und die Schaffung von selbsttragenden Bewohnerorganisationen und nachbarschaftlichen sozialen Netzen vor. Um dies zu erreichen, sollen Einrichtungen wie Stadtteilmanagement, -büro und -beirat, Verfügungsfonds oder Bürgertreffs unterstützt werden. Neben diesem partizipativen Anspruch ist insbesondere die Einbeziehung der lokalen Ökonomie als innovativ betrachtet worden. Im Allgemeinen sollen mit dieser Zielsetzung lokale ökonomische Strukturen gefördert werden, wobei die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Qualifizierung von Arbeitssuchenden als konkrete Ansprüche aufgeführt werden. Mit der Förderung von Nachbarschaftszentren soll durch das „Soziale Stadt“-Programm die Nahversorgung im Quartier gestärkt werden. Außerdem werden diese Orte als eine Möglichkeit gesehen, um die Kommunikation im Stadtteil zu verbessern. Die Instandsetzung dieser Zentren, ein breites Nutzungsspektrum, die Ansiedlung von Wochenmärkten, die Umgestaltung des öffentlichen Raumes und Stadtmarketing sollen gefördert werden, um die Quartierszentren wieder zu „Kristallisationspunkte für das städtische Leben“ werden zu lassen. Unter dem Programmaspekt „soziale, kulturelle, bildungs- und freizeitbezogene Infrastruktur“ fallen Maßnahmen, die auf das Bereitstellen von geeigneten Räumen mit personeller Betreuung abzielen, um verschiedenen sozialen und ethnischen Gruppen Gemeinschaftseinrichtungen anzubieten. Die Sicherung von preiswertem Wohnraum als etabliertes Ziel staatlicher Wohnungspolitik seit den sechziger Jahren wird auch im Rahmen der „Sozialen Stadt“ bestätigt. Explizit werden dazu der Erhalt gemischter Bewohnerstrukturen, aktiver Nachbarschaften und die Wohnumfeldverbesserung als Ziele formuliert.

Wie im britischen Fall, so sind die Effekte der Einführung eines area based approach in der Sozialpolitik nur schwierig einzuschätzen (vgl. Friedrichs/Hommerich 2004, S. 53). In der vom Deutschen Institut für Urbanistik durchgeführten Programmbegleitung werden als wichtigste Evaluationsergebnisse festgehalten (Becker et al. 2002): Eine Aufbruchstimmung in vielen Programmgebieten, auch „wenn sich konkrete Verbesserungen in den Quartieren allerdings noch (...) in Grenzen halten“. Obwohl die Autoren dieses Eingeständnis formulieren, behaupten sie zugleich: „In vielen Stadtteilen konnte eine unheilvolle Entwicklung zumindest gestoppt werden.“ (A. a. O., S. 46 ff.). Kritisch wurde konstatiert, dass es Schwierigkeiten durch die Orientierung an der Städtebauförderung gibt, die Förderkonditionen (mit anderen Programmen) nicht aufeinander abgestimmt sind und insgesamt eine mangelnde Aktivierung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu verzeichnen ist.

Bemängelt werden unflexible kommunale Verwaltungen und die Dominanz von Handlungszwängen der Verwaltung, die fehlende Einbindung wichtiger Akteure, auch in der Politik und Verwaltung und die Abwesenheit interkultureller Ansätze. Das Programm „Soziale Stadt“ ist vielschichtig und hat eine Menge von Forschungsfragen auch in der allgemeinen Fachwelt hervorgerufen (s. vor allem die Beiträge in Greiffenhagen/Neller 2004 und Walther/Mensch 2004), wobei allerdings das Verhältnis zu der allgemeinen Veränderung des Wohlfahrtsstaates kaum thematisiert wird. Augenscheinlich wird mit der „Sozialen Stadt“ nicht, wie mit den britischen und französischen Programmatiken vergleichbar, eine weitergehende Politikreform (Territorialisierung der Sozialpolitik, Etablierung von „Stadtpolitik“ etc.) intendiert. Dazu ist das Programm auch im Vergleich zu anderen Politikprogrammen mit Bezug zu städtischen Problemstellungen („Stadtumbau Ost“) von zu geringer finanzieller und zeitlicher Reichweite.

4. Die „Kraftvollen Städte“ der Niederlande

Das Beispiel der niederländischen Städtepolitik ist insofern von besonderem Interesse, da sich in dessen Programmatik und Realisation eine ähnliche Gemengelage finden lässt wie in der deutschen und zugleich unverkennbar Elemente der französischen wie britischen Ansätze aufzufinden sind. Wie in Frankreich kann man auf eine lange, seit den siebziger Jahren vorhandene und zum Teil institutionalisierte Stadtpolitik zurückschauen, die sich vor allem in einer gefestigten Raumplanung widerspiegelte. In den Stadterneuerungsprogrammen von 1970 bis 1985 war dabei vor allem die Verbesserung der Wohnumstände zentraler Bestandteil der Stadtpolitik. Ähnlich wie in Frankreich wurde diese Fokussierung auf die baulichen Qualitäten kritisiert, und soziale Anliegen wurden in den weiteren Programmen aufgenommen. Vor allem mit dem, unter der Regierung Lubbers eingeleitetem Programm der „Sociale Vernieuwing“ wurden ehrgeizige Ziele mit Bezug auf die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, Ausbildungsmaßnahmen und sozialen Infrastruktur verfolgt. Die Bürgerpartizipation wurde insbesondere durch den Protest in den, von Renovierungsmaßnahmen betroffenen „burten“ (Nachbarschaften) eingeklagt und später auch berücksichtigt (Eckardt 2001b, S. 43–70). Im Grunde wurde durch das Wechselspiel zwischen der sich artikulierenden Bevölkerung und einer sozial orientierten Regierung in den neunziger Jahren der „area based approach“ damit als sozialpolitisches Maßnahmenfeld etabliert und seit dem nicht in Frage gestellt. Vielmehr lässt sich eine weitgehende „Lokalisierung“ von Politik in den Niederlanden konstatieren, als Folge derer zunehmend politische Themen auf der Ebene lokaler, nachbarschaftlicher Bezüge thematisiert und operationalisiert werden. Deutlichster Ausdruck dieses Politikwechsels war das Scheitern der 5. Raumordnungsnovelle der nationalen Regierung, die mit dem Ziel der Herstellung gleicher Entwicklungschancen in allen Teilen der Niederlande Ressourcen zugunsten der weniger urbanisierten östlichen Provinzen umleiten wollte. Hiergegen machte sich der (z. T. populistische) Protest der vier Großstädte fest, der mit den Erfolgen der Fortuynisten die Vorzugsbehandlung der großen Städte erreichte. War bis dato die so genannte Großstadtpolitik eher von symbolischer Bedeutung, mit einem budgetlosen Minister, so wurde in den darauf folgenden Jahren die „Grotsteddenbeleid“ (GSB) substantiell ausgefüllt. Ziel dieser Politik sind „kraftvolle Städte“, worunter Folgendes verstanden wird: „Kraftvolle Städte sind Städte, die sicher sind, und die in jeder Hinsicht die wachsende Ansprüchen der Bewohner, Unternehmen, Besucher und Touristen erfüllen.“ Sicherheit, Konkurrenzfähigkeit und eine sozial engverbundene Gemeinschaft werden als Schlüsselbegriffe und Zielsetzungen in Policy-Dokumenten der GSB aufgeführt (Kloosterman 2002). Die Verknüpfung mit wirtschaftlicher Kompetitivität erinnert an die britische Stadtpolitik und deren Nähe zu privaten Unternehmen. Dies ist auch in anderen Aspekten der niederländischen Stadtpolitik auffindbar. Insbesondere die Privatisierungspolitik des kommunalen

Wohnungsbestandes und die Reform der Wohnungspolitik in den neunziger Jahren stellten eine „stille Policy-Revolution“ (Dieleman 1992) dar, die die Deregulation des Wohnungs- und Immobilienmarktes, die geringere Unterstützung von Mietern der unteren Segmente und eine Dethematisierung der Wohnungssituation als sozialpolitisches Politikfeld betreibt. Zugleich wurde mit der VINEX-Politik eine neuartige Anti-Segregationspolitik eingeführt, die durch eine finanzielle Unterstützung von Wohnungsvorhaben der gehobenen Segmente in armen Nachbarschaften einen sozialen Mix der Bewohnerstruktur zum Ziel hatte (Ostendorf 2002).

Durch die Aufwertung der GSB gerieten andere stadtpolitische Maßnahmen in den Hintergrund. Dabei stellt dieses Programm nicht das einzige innovative Politikfeld dar, das einen nachbarschaftlichen Bezug als Kern seiner politischen Gestaltung vorsieht. Insbesondere in Rotterdam und Eindhoven, beide durch die Fortuynisten regiert, sind Nachbarschaftspolitiken zentraler Bestandteil des lokalpolitischen Agierens. Aufsehen erregend waren die Nachbarschaftsverträge im Rotterdamer Süden, in dem Verhaltensweisen wie verpflichtetes Grüßen etc. auferlegt wurden. Durch die Präferenz der Sicherheitspolitik ergibt sich in diesen Projekten wie in der GSB 3 (2005–2009) in jedem Fall eine gemeinsame Argumentationsbasis, wonach Sicherheit vor allem durch nachbarschaftlich orientierte Politik gewährleistet werden könne. In der Evaluation des zweiten GSB-Programms haben die „Algemene Rekenkamer“ (Oberste Finanzbehörde), das „Centraal Planbureau“ (Planungsamt der Niederlande) und weitere Institutionen unisono darauf hingewiesen, dass die in der Großstadtpolitik vorgesehenen Zielsetzungen nicht nachprüfbar sind, weil deren Formulierung in vagen und allgemeinen Begriffen eine Überprüfbarkeit verunmöglichen. In den nun geschlossenen Verträgen zwischen den Städten und der Reichsregierung werden zahlreiche präzise Zielvorgaben formuliert, der area based approach wird mit einem unausgesprochenem normativen Bild von der „gesunden Nachbarschaft“ realisiert. Trotz einer holistischen, auf Nachhaltigkeit und Angemessenheit abzielenden Programmatik, verbleibt die Ausführung auf die Realisierung von Einzelmaßnahmen und die Evaluation der Projekte auf deren Effizienz beschränkt.

5. Dänemarks „Quartierverbesserung“

Auch in Dänemark gibt es eine aus den siebziger Jahren schon resultierende Stadtpolitik (vgl. Wichmann Matthiessen 1983). Im Jahr 1969 wurden mit dem „Brückenprogramm“ die hygienischen und baulichen Missstände in den innerstädtischen Problemgebieten in Angriff genommen. Während der siebziger Jahre führte dies zu einer Politik, in der in der Regel der Abriss ganzer Stadtteile auf dem Plan stand. Mit diesem „Top-Down“-Ansatz wurde wie in den Niederlanden eine Protestbewegung der Nachbarschaften hervorgerufen, die sich auch mit Gewalt gegen diese Form der Stadterneuerung wehrten. Die damalige Regierung reagierte mit einem Gesetz, das die Bürgerbeteiligung für solche Vorhaben zwingend vorsah. Dieser partizipative Ansatz wurde mit weiteren Gesetzen zum Stadtbau in den Jahren 1996 und 1997 noch ausgedehnt. Mit dem Ansatz der „integrierten Aktion“ wurde eine nachbarschaftsbezogene Sozialpolitik eingeführt, deren Ziel ausdrücklich eine Integration von sozialen, kulturellen, Arbeitsmarkt bezogenen und städtebauliche beinhaltet. Zentraler Gedanke dabei ist, dass die zu unterstützenden Aktionen die Identität der Nachbarschaft und das Gemeinschaftsgefühl der Bewohner stärken sollen, damit Kräfte und Energien für die Entwicklung der Gesamtstadt mobilisiert werden können. Die „integrierte Aktion“ sieht zwei Instrumente vor: „helhedsorienteret byfornyelse“ und „kvarterløft“ (Quartierverbesserung). Letzteres kann von seiner finanziellen Ausstattung und seiner Anwendung in der lokalen Praxis als wichtiger angesehen werden. Hiervon sollen bis 2007 zwölf Stadtteile in acht dänischen Städten profitieren, wovon fünf in Kopenhagen liegen (Larsen 2003). Die Zielsetzungen dieses

Programms verbinden soziale mit städtebaulichen Konzepten, wobei erreicht werden soll, dass die betroffenen Stadtteile das allgemeine Entwicklungsniveau der Stadt erreichen sollen. Der Akzent liegt auf der Bekämpfung der sozialen Segregation und Isolation. In der Liste der vorgesehenen Projekte werden die Bereiche Ausbildung/Erziehung, Arbeitsmarkt, Umwelt und die Integration der ethnischen Minderheiten aufgeführt. Jedoch ist die Mittelverteilung stärker auf Maßnahmen der baulichen Stadterneuerung konzentriert. Ähnlich wie beim deutschen „Soziale Stadt“-Programm handelt es sich beim dänischen Konzept um eine Gemischtfinanzierung der unterschiedlichen staatlichen Ebenen, wobei von den beteiligten Städten z. T. bis zu 60 Prozent der Gesamtkosten getragen werden müssen. Im Gegensatz zum niederländischen Ansatz verfolgt die dänische Nachbarschaftspolitik keine allgemeinen politischen Zielsetzungen, sondern ist auf das Erreichen von kleinen, aber sichtbaren Erfolgen angelegt, die in erster Linie für das betroffene Projektgebiet wichtig sein sollen. Aus der Evaluation der ersten Projekte wurde die Bedeutung der demokratischen Kultur in den Nachbarschaften deutlich, die auch durch direkten Einfluss der Bürger in den sie betreffenden Belangen zum Ausdruck kommen muss. Der soziale Mix in der Struktur der Wohnbevölkerung wurde als wesentliches Erfolgskriterium für die Stadterneuerung angesehen, wobei die Evaluation der bisherigen Ergebnisse zwar eine Verbesserung des Gemeinschaftsgefühls behauptet, aber offen zugibt, dass sich eine Verminderung der residentellen Segregation nicht ergeben hat (vgl. Skifter Andersen 1999).

Der Integrationsansatz in „kvarterløft“ muss allerdings vor dem Hintergrund einer neuen dänischen Integrationspolitik der konservativen Regierung gesehen werden, die sich mit Ansprüchen an Einwanderer, Flüchtlinge und ethnische Minderheiten im Jahr 2002 neu zu definieren versuchte. Die Assimilationsanforderungen dieser Gruppen können als deutlich erhöht betrachtet werden, womit vor allem ökonomische Selbständigkeit und Sprachfähigkeit eingefordert wird. Mit den Maßnahmen der Stadtpolitik, etwa durch die Einrichtung von Nachbarschaftszentren etc., wird für diese eingeforderte Form der „Integration“ der Einwanderer allerdings kein Beitrag geleistet bzw. keiner von dieser erwartet (vgl. Munk 1999).

6. Segregation als kontroverses Forschungsthema

Nationale wie europäische Ansätze der Stadtpolitik legitimieren sich durch eine normative Bewertung von städtischen Segregationsprozessen. Gewalt, Kriminalität, Anomie und soziale Benachteiligung werden dabei als Konsequenzen hochgradiger Segregation („Gettoisierung“) gesehen und rufen eine Debatte um ordnungs- oder sozialpolitische Interventionen des Staates hervor. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung über soziale Segregation geht es in erster Linie um die Frage, wie unterschiedliche Einkommensschichten ihren Möglichkeiten entsprechend Wohngelegenheiten finden können. Dies führt im Extremfall dazu, dass Arm und Reich an verschiedenen Wohnorten aufzufinden sind. Als „Polarisierung“ wird dabei im Allgemeinen ein Prozess beschrieben, bei dem sich dieser Zustand immer weiter verschärft (Saltman 1991).

Die sozialwissenschaftliche Erforschung von Segregationsprozessen ist in der Praxis mit unterschiedlichen Problemen konfrontiert. Oftmals kann aufgrund schwieriger Datenbasis keine ausreichende statistische Analyse von städtischen Segregationsprozessen vorgenommen werden. Dies betrifft insbesondere auch deutsche Städte. Vom konzeptionellen Rahmenwerk aus ergibt sich zudem die Frage nach der Interpretation residenteller Segregations- und Polarisierungsbefunde. Prinzipiell ist den Ansätzen der Segregationsforschung eine normative Basis gemein, die man als das Ideal der „sozial gemischten Wohngegend“ bezeichnen kann (vgl. Harlander 2000). Hierbei wird unterstellt, dass die räumliche Nähe unterschiedlicher sozialer Schichten positive Effekte entwickelt und die Verschlimmerung sozialer Problemlagen verhindert. Kontrovers wird dabei diskutiert, ob es so genannte „Ortseffekte“ gibt, die das Wohnen in deprivier-

ten Stadtteilen als solches schon zu einem sozialen Nachteil entstehen lässt. Das Ergebnis wissenschaftlicher Auseinandersetzung über die (positive wie negative) Nachbarschaftseffekte weist daraufhin, dass man vor allem die Einflüsse der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen berücksichtigen muss, um das Entstehen von städtischer Armut zu erklären (Musterd/Priemus/van Kempen 1999). Mit anderen Worten, die Individualintegration in den Arbeitsmarkt ist wichtiger als das Wohnen in einem sozial ausbalancierten Stadtteil. Jedoch lässt sich mit diesem Befund nicht die Konzentration von Armut in einzelnen Stadtteilen erklären. Räumliche Dimensionen von Nachbarschaften haben, so wird angenommen, einen nachgelagerten Effekt auf die Verstärkung von Armutsentwicklungen (vgl. Gibb/Hoesli 2003).

Eine wachsende Armut führt dabei zu vermehrter Segregation und einer Akkumulation der sozialen Probleme, wodurch sich eine eigenständige Problematik wiederum entwickelt, der Stadtteil wird zum Gefängnis. Dies ist eine Analyse, die vor allem in den Segregationsforschungen zu US-Großstädten zu Beginn der neunziger Jahre zu weit reichenden Schlussfolgerungen führte (Massey/Danton 1993). Man sprach von einer sich abzeichnenden „zweigeteilten Stadt/Dual City“ (Mollenkopf/Castells 1991) und einer sich entwickelnden „städtischen Unterklasse“ (vgl. Mingione 1999). In europäischen Städten kann von einer solchen Koppelung von Verarmung-Segregation in dieser Weise nicht gesprochen werden. Arbeitslosigkeit führt nicht unmittelbar zum Ausschluss aus dem Wohnungsmarkt, dem Gesundheitswesen und dem Erziehungssystem. Soziale Integration und Exklusion verlaufen in den europäischen Wohlfahrtsstaaten nicht in erster Linie über die Angebote des Stadtteils und des Wohnortes (Musterd 1998). Wie Untersuchungen in Amsterdam zudem gezeigt haben, ist die Segregation nach Jung oder Alt, Single oder Familie zum Teil erheblicher als nach Einkommensschichten. In der neusten Segregationsforschung wird zudem davon ausgegangen, dass im stärkeren Maße nicht nur die Wohnsegregation sondern auch die Raumnutzungssegregation in Betracht gezogen werden muss, Ausschlüsse aus bestimmten (Freizeit-, Ausbildungs-, Arbeits- etc.) Räumen kann sich als wesentlich gravierender darstellen als das Wohnen in einer sozialschwachen Nachbarschaft (vgl. Ostendorf/Schnell 2002).

Da sich die Gleichung Armut = Wohnungssegregation aufgrund des bestehenden Wohlfahrtsstaates nicht aufrecht halten lässt, hat sich die Aufmerksamkeit zunehmend auf die Frage der räumlichen und gesellschaftlichen Grenzen verlagert. Mit dem Begriff „Exklusion“ sollen Ausschlussmechanismen in verschiedenen Lebensbereichen (Arbeit, Schule, Wohnungsmarkt) thematisiert werden, wobei der räumliche Ausschluss in vielen Exklusionsforschungen eher wenig Aufmerksamkeit erhält. Auch Autoren wie Heitmeyer, Dollase und Backes (1998), die eine zunehmende soziale Ungleichheit in den Städten entstehen sehen, stellen dabei weniger räumliche Ursachen in den Vordergrund. Sie verweisen auf ein allgemein wachsendes Anomie-Potential (sozialer, psychischer Unsicherheit und problematischem Verhalten) durch in erster Linie makrogesellschaftliche Veränderungsprozesse wie der Globalisierung und internationaler Migration. Segregationsforschung in Europa wird deshalb, ähnlich wie in den USA, immer mehr von der Frage der ethnischen Unterschiede motiviert. Ethnische und soziale Segregation, die in Amerika hochgradig miteinander korreliert, wird in der Analyse europäischer Städte erst in den letzten zwanzig Jahren verstärkt thematisiert. Obwohl es bestimmte Annahmen darüber gibt, dass ein Stadtteil nur eine bestimmte Integrationsfähigkeit besitzt, die zu überschreiten problematisch ist, sind deutsche Städte – die ostdeutschen insbesondere – weit davon entfernt, eine rein funktionelle Überforderung und damit einhergehend auch eine psychologische aufzuweisen. Im Grunde gilt dieser Befund, wenn man von wenigen Nachbarschaften in London absieht, die ein vergleichsweise amerikanisch anmutendes Bild ethnischer Segregation aufweisen, nach wie vor für alle europäischen Metropolen. Obwohl es auch hier wiederum aus

methodischen Gründen, etwa weil sich ethnische Differenz nicht an der Nationalität erkennen lässt, schwierig ist, befriedigende Analysen ethnischer Segregation zu erarbeiten, lässt sich aus den bisherigen Forschungen keine Dramatik herauslesen (Musterd/Ostendorf 1998). Schon früh hat man in der Stadtsoziologie festgestellt, dass die Konzentrationen von Einwanderern in bestimmten Stadtteilen nicht unbedingt nachteilig sind, sondern diesen zunächst helfen können, um in einer sprachlich und kulturell vertrauten Wohngegend Fuß zu fassen. Die sog. Sozialökologischen Schule der Stadtsoziologie geht davon aus, dass es in jeder Stadt bestimmte „Zones of Transition“ gibt, die immer wieder als neue Einwanderungswellen auffängt (Park/Burgess 1984). Problematisch wäre es nur, wenn die Einwanderer nicht weiter in den nächsten, sozial besser gestellten Stadtteil ziehen würden (vgl. Häußermann/Kaplan 2002).

7. Zusammenfassung

Es ist immer schwierig, um bedeutungsvolle Vergleiche zwischen ähnlichen Politiken in verschiedenen Nationen zu betreiben (vgl. Heidenheimer et al. 1990) und für die „städtische Sozialpolitik“ scheint dies wegen der mangelhaften Definition des Gegenstandes in vielen Regierungsprogrammen und deren oft eher marginalen Bedeutung im Vergleich zu den harten Bereichen der Sozialpolitik zu gelten. Aus diesem Grunde erscheint die Intention der Europäischen Kommission, um eine städtische Politik in dem beschriebenen Rahmen einzuführen mehr als kritisch, wenn sie eine Konvergenz der Instrumentarien, Programmatiken und institutionellen Settings einleiten möchte.

Die Beispiele aus den fünf dargestellten Ländern lassen zwar im Allgemeinen eine Tendenz zu „area based approaches“ erkennen, die Konnotationen und Kontexte dieser Nachbarschaftspolitiken sind allerdings sehr unterschiedlich. Unterschiedliche Erwartungshaltungen lassen darauf schließen, dass es keine Tendenz gibt, dass die Nachbarschaft im Sinne von empowerment- und kommunitaristischen Vorstellungen ein sozialpolitisches Maßnahmenfeld werden könnte, dass den allgemeinen Wohlfahrtsstaat ersetzen kann. In vieler Hinsicht kann die Nachbarschaftspolitik als eine notwendige und längst überfällige Ergänzung bestehender politischer Architekturen verstanden werden, in der eine lokale, für den Bürger nachvollziehbare Entscheidungsarena sich öffnet.

Wohl aber kann diskutiert werden, welche Funktion solche Programme in Zeiten turbulenter Wohlfahrtsstaatsreformen haben kann. Werden die Effekte, die diese Ansätze haben können, nicht durch die Zunahme sozialer Ungleichheiten in anderen Lebensbereichen konterkariert? Was bedeutet die Verbesserung der Stadtteile, wenn der Möglichkeiten der Individualintegration auf dem Arbeitsmarkt und im Ausbildungswesen, insbesondere der ethnischen Minoritäten, sich verringern? Von der wissenschaftlichen Seite betrachtet ergibt sich nicht zwangsläufig eine Notwendigkeit, um allzu großes Vertrauen in die Fähigkeit lokaler Gemeinschaften bei der Lösung solcher komplexen gesellschaftlichen Integrationsprobleme zu haben. Der Beitrag der territorialisierten Wohlfahrtsstaatlichkeit geht mit vielen Risiken neuer sozialer Ausschlüsse einher, während er die Ursachenzusammenhänge sozialer Segregation simplifiziert und vernebelt: Einkommen und Besitz generieren sich meist a-topisch auf dem raumabstrakten Arbeitsmarkt. Mit der „Orthodoxie der Nachbarschaft“ (Beaumont, /Musterd 2005) droht deshalb der Blick für die Prioritäten in der Sozialpolitik verloren zu gehen.

Literatur

- Atkinson, R. (2001): The Emerging „Urban Agenda“ and the European Spatial Development Perspective: Towards and EU Urban Policy? In: European Planning Studies, Vol. 9 (3), S. 385 – 406.

- (2003): Urban Policy and Regeneration: bringing the fragments together? In: Ellison, N./Person, C. (eds), *New Developments in British Social Policy*, London.
- Ausschuss für Bauwesen und Städtebau und Ausschuss für Wohnungswesen/ARGEBAU (2000): Leitfaden zur Ausgestaltung der gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, zweite Fassung vom 1. Februar 2002.
- Beaumont, J./Musterd, S. (2005): ‚Guest editorial: governance and urban development programmes in Europe‘, *Journal of Economic and Social Geography*, 96(4): 358–62.
- Becker, H./Franke, T./Löhr, R.-P./Rösner, V. (2002): Drei Jahre Programm Soziale Stadt – eine ermutigende Zwischenbilanz. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.) (2002), *Die Soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“*. DIFU. Berlin, S. 12–50.
- Blanc, M. (2002): Strategies for the Social Regeneration of Disadvantaged Neighbourhoods in France (1977–2002). In: Walther, U.-J. (ed.), *Soziale Stadt – Zwischenbilanzen*, Opladen.
- Depincé, K. (2003): La loi d’orientation et de programmation pour la ville et la rénovation urbaine. In: *Documentation française* (Hg.), *La politique de la ville*, S. 25–35.
- Donzelot, J. (mit C. Mével/A. Wyvekens) (2003): *Faire société, la politique de la ville aux États-Unis et en France*, Paris.
- Dubet, F./Lapeyrommie, D. (1992): *Les quartiers d’exil*, Paris.
- Eckardt, F. (2001a): Tony Blair im „Dickicht“ der Städte. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B16/17.
- (2001b) Rotterdam – Konturen einer globalisierten Stadt. *Münster/Hamburg*.
- Friedrichs, J./Hommerich, C. (2004): Wie misst man soziale Maßnahmen? In: Greiffenhagen, S./Neller, K. (Hg.), *Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“*, Opladen, S. 45–60.
- Gibb, K./Hoesli, M. (ed.) (2003): Urban housing and property markets, *Special issue of Urban Studies*, 40, 5/6.
- Greiffenhagen, S./Neller, K. (Hg.) (2004): *Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“*, Opladen.
- Harlander, T. (2000): Leitbild soziale Mischung – vom „empfehlenswerten Durcheinanderwohnen“ zu „gated communities“. In: *Die alte Stadt*, 2, S. 97–113.
- Harvey, D. (1989): *From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation of Urban Governance in Late Capitalism*. In: *Geografiska Annaler*, 71b, S. 3–17.
- Häußermann, H./Kaplan, A. (2002): *Berlin: Von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990*. Opladen
- Heidenheimer, A./Hecló, H./Adams, C. (1990): *Comparative Public Policy. The Politics of Social Choice in America, Europe, and Japan*, London.
- Heitmeyer, W./Dollase, R./Backes, O. (Hg.) (1998): *Die Krise der Stadt*. Frankfurt.
- Hills, J./Stewart, K. (eds.) (2005): *A More Equal Society?: New Labour, Poverty, Inequality and Exclusion*, London.
- Ho, S. Y. (2003): *Evaluating British Urban Policy: Ideology, Conflict and Compromise*, Aldershot.
- Houk, M. (2004): L’institution de la proximité. Les arrondissements de Paris, de Marseille et de Lyon depuis 1983. In: Jouve, B./Booth, P. (Hg.), *Démocraties métropolitaines. Presses de l’Université du Québec*, S. 263–292.
- Imrie, R./Raco, M. (eds.) (2003): *Urban Renaissance?: New Labour, Community and Urban Policy*, London.
- Imrie, R./Thomas, H. (eds.) (1999): *British Urban Policy. An evaluation of the Urban Development Cooperations*, London.
- Jaillet, M.-C. (2003): *La politique de la ville en France: histoire et bilan*. In: *Documentation française* (Hg.), *La politique de la ville*, S. 5–24.
- Johnstone, C./Whitehead, M. (eds.) (2004): *New Horizons in British Urban Policy: Perspectives on New Labour’s Urban Renaissance*, Aldershot.
- Kloosterman, R. (2002): Urban policies in the Netherlands: from „social renewal“ to „big cities policy“. In: Hambelton, R. (ed.), *Globalism and local democracy*, Basingstoke, S. 125–146
- Kronauer, M. (2004): *Soziologie der sozialen Frage: Robert Castel*. In: Moebius, S./Peter, L. (Hg.), *Französische Soziologie der Gegenwart*, Konstanz, S. 449–476.
- Larsen, J.-N. (2003): *Kvarterløft – Partizipative Stadterneuerung in Dänemark 1997 bis 2007*. In: *Soziale Stadt info*, 14, S. 3–4.
- Le Galès, P. (2002): *European Cities. Social Conflicts and Governance*, Oxford.
- Ludlam, S./Smith, M. J. (eds.) (2004): *Governing as New Labour: Policy and Politics Under Blair*, London.
- Massey, D. S./Denton, N. A. (1993): *American apartheid: segregation and the making of the underclass*, 2. print. – Cambridge.
- Mingione, E. (1999): *Urban poverty and the underclass*, Oxford.
- Mollenkopf, J. H./Castells, M. (eds.) (1991): *Dual city: restructuring New York*, New York.
- Munk, A. (1999): 2,5 år med kvarterløft – hvad har vi lært? In: *Samfundsoekonomien*, 7, S. 23–31.
- Musterd, S. (ed.) (1998): *Urban segregation and the welfare state: inequality and exclusion in western cities*, London.
- Musterd, S./Ostendorf, W. (1998): *Multi-ethnic Metropolis: Patterns and Policies*. Dordrecht.
- Musterd, S./Priemus, H./van Kempen, R. (1999): *Towards undivided cities: The potential of Economic revitalisation and housing redifferentiation*. In: *Housing Studies*, 14, 5, S. 573–584.
- Ostendorf, W. (2002): *Segregation and Urban Policies in the Netherlands*. In: Ostendorf, W./Schnell, I. (Hg.) (2002): *Studies in Segregation and Desegregation*. Aldershot.
- Ostendorf, W./Schnell, I. (Hg.) (2002): *Studies in Segregation and Desegregation*. Aldershot.
- Park, R. E./Burgess, E. W. (1984): *The City: Suggestions for Investigation of Human Behaviour in the Urban Environment*, Chicago: Midway Reprint.
- Saltman, J. (1991): *Theoretical Orientation: Residential Segregation*. In: Hutman, E./Blauw, W./Saltman, J. (eds.), *Urban Housing Segregation of Minorities in Western Europe and the United States*, Durham/London.
- Skifter Andersen, H. (1999): *Byudvalgets innsats 1993–1998. Sammenfattende evaluering*, Kopenhagen.
- Turok, I. (1992): *Property-led urban Regeneration: Panacea or Placebo?* In: *Environment and Planning A*, 24, S. 361–379.
- Walther, U.-J./Mensch, K. (Hg.) (2004): *Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand*, Darmstadt.
- Wichmann Matthiessen, C. (1983): *Urban policy & urban development in the 80’s: Danish experience in a European context*, Copenhagen.